

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 12, 17. Juni 1998

rechts

Einblicke

Entgleisungen

Von Helmut Lölhöfel

In unserer Alltagssprache gibt es einige Wendungen, die wir lieber vermeiden sollten. Denn sie verniedlichen die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das „Wohnghetto“ für eine Hochhaussiedlung, das „Hühner-KZ“ für einen Legehennenstall, „Ermächtigungsgesetz“ für eine Polizeiverordnung, „Kristallnacht“ für Krawalle.

Neuerdings häufen sich die Beispiele in der Politiksprache. So behauptete die CSU, daß die Wiederwahl des Sozialdemokraten Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt mit den Stimmen der PDS die „schmutzigste Wahl in einem deutschen Parlament seit 1933“ gewesen sei. Das andere war die These des Regierungssprechers Otto Hauser (CDU), die Tolerierung einer SPD-Regierung durch die PDS sei „ungefähr dasselbe, als wenn Nationalsozialisten nach dem Krieg unter anderem Namen mitregiert hätten“.

Was meinten diejenigen in der CSU, die von der „schmutzigsten Wahl seit 1933“ tönten? Am 24. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet, das die Staatsgewalt der Nazi-Partei übertrug. Soll etwa Höppner mit dem Diktator und Völkermörder Hitler gleichgesetzt werden? Ebenso verwerflich ist der Hinweis Hausers. Seit 1949 gab es kein Kabinett des CDU-Kanzlers Adenauer, in dem nicht ehemals aktive Nazis saßen. Und wenn Hauser schon die Untaten des Hitler-Staats mit denen des SED-Staats gleichsetzt, dann müßte er sich daran erinnern, daß seine Partei es war, die 1989/90 DDR-Blockparteien aufgesogen hat, die der SED nicht nur bei Wahlen, sondern auch beim Regieren geholfen hatten.

Unlogisches Denken, zweideutige Sprache. Politiker aller Parteien sollten sich vor Entgleisungen dieser Art hüten. Wer den Nationalsozialismus - bewußt oder unbewußt - verharmlost, bereitet den Humus für den Rechtsextremismus.

Mißbrauchte Begriffe

Unionspolitiker scheinen sich im Wahljahr in der Neubesezung von Wortbedeutungen über die Nazi-Zeit zu üben.

Seite 2 ■

Keine Peanuts

Auf bundesdeutsche Großbanken dürften erhebliche Entschädigungsforderungen von überlebenden Holocaustopfern zukommen.

Seite 3 ■

Jugend im Rechtstrend

Eine neue Studie aus Berlin fördert erschreckende Ergebnisse zutage.

Seite 4 ■

NS-Unrechtssprechung

Der Deutsche Bundestag hat nach 53 Jahren und 20 Tagen die Urteile des Nazi-Regimes für null und nichtig erklärt.

Seite 5 ■

Neue Freunde

Zwischen der „Deutschen Volksunion“ und Alfred Mechttersheimer zeichnet sich eine Annäherung ab.

Seite 6 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Am Rande**Ein schändlicher Mißbrauch**

Die Bezeichnung von linken Ausschreitungen am 1. Mai als „rote Kristallnacht“ ist eine nicht hinnehmbare Verhöhnung von jüdischen Opfern des NS-Terrors.

Begriffe besetzen ist in der Politik ein beliebtes Spiel. Man verwendet einen eigentlich neutralen Ausdruck so lange in negativen Zusammenhängen, bis er selbst auf der Werteskala unter den Nullpunkt rutscht. Ein Beispiel dafür ist das Wort rot. Seine systematische Kombination mit Spinner, Ideologe, Fanatiker, Chaot oder Klassenkämpfer durch Politiker der Regierungsparteien, durch einen Teil der Medien und durch die Losungen der Neonazis bewirkt bei braven Kleinbürgern schon dann eine Gänsehaut, wenn von „Roten“ auch nur geredet wird. In Wahljahren sollen Rote-Socken- und Rote-Hände-Kampagnen dann den Rest besorgen. Gegen Rechts tut man sich erheblich schwerer. Berlins Innensenator Jörg Schönbohm, der „linke Chaoten“ gern beim Namen nennt, fiel im vorigen Jahr nach einem Aufmarsch der Neonazis in Hellersdorf nur die ehrenwert klingende Bezeichnung „junge Nationaldemokraten“ ein. Ihm kommt bei „mangelnder Anpassungsbereitschaft“ auch schon einmal das untrennbar an jüdisches Leid geknüpfte Wort „Ghettos“ für von Ausländern bewohnte Häuser über die Lippen.

Mancher meint, man solle falsche Formulierungen nicht tragisch nehmen. So etwas könne einem Politiker in der Hitze des Gefechts schon einmal „herausrutschen“. Es kann nur „herausrutschen“, wenn es vorher „drin“ war, ist die Antwort. Vor allem aber: Wenn in der Demokratie die Sprache das einzige erlaubte Mittel der Auseinandersetzung ist, müssen wir Begriffsbesetzungen wenigstens ernsthaft unter die Lupe nehmen. In letzter Zeit wurde die Gleichsetzung des „rechten“ Massenmords mit „linken“ Verirrungen Mode. Was immer man damit bezweckt, erreicht wird als Nebeneffekt eine Verharmlosung des Naziterrors und damit ein besserer Boden für die Propaganda der Neonazis. Dementsprechend heftig sind die Reaktionen Besonnener. Aufsehen erregte die Antwort des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, auf eine Äußerung des neuen Kanzler-Sprechers Hau-

ser. Bei allen Vorbehalten gegenüber der DDR, die ein Unrechtsstaat gewesen sei, und der PDS verbiete sich angesichts des millionenfachen Mordes unter der Nazidiktatur der „unsägliche Vergleich“. Bubis nannte es „höchste Zeit“, daß die politisch Verantwortlichen ihre Leute zügelten.

In der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg hat eine ähnliche Entgleisung im Mai zum Eklat geführt. Der CDU-Abgeordnete Karl Hennig, wie der Generalsekretär seiner Partei Theologe, hatte in einem Informationsblatt des CDU-Ortsverbandes Schönhauser Allee die Ausschreitungen „linker Revolutionäre“ am 1. Mai als „rote Kristallnacht“ bezeichnet. Es sei unverantwortlich, wenn „ein politisch denkender Mensch Krawalle von Chaoten mit der Pogromnacht der Nationalsozialisten gleichsetzt“ erklärte Andreas Nachama namens der Berliner Juden dazu. Die Ereignisse am 9. November 1938 seien schließlich der Beginn der staatlich verordneten Ermordung von sechs Millionen Juden gewesen. Ähnlich sahen das auch die Bezirksverordneten. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Johannes Lehmann, selbst Theologe, sah einen Zusammenhang zwischen solcher Begriffsverwendung und den scharfmacherischen Kampagnen von Pfarrer Hintze in der Bonner CDU-Zentrale. Von parteipolitischem Mißbrauch der Maikrawalle, einer für Demokraten nicht hinnehmbaren Verhöhnung der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus war die Rede, eine Entschuldigung wurde gefordert. Hennig drückte sich bis zuletzt. In Zeitungsinterviews erklärte er lendenlahm, der Begriff sei ihm beim „Anblick der Scherbenhaufen“ in den Sinn gekommen. Er hätte ihn in Anführungszeichen setzen sollen. Die Quittung erteilten ihm zehn von zwölf Mitgliedern des Kultur- und Bildungsausschusses der BVV. Sie wählten ihn als Ausschußvorsitzenden ab.

Zu befürchten steht, daß das Problem damit nicht gelöst ist. Auf dem Sudetendeutschen Tag wurde die nächste Runde eingeläutet. „Gesten guten Willens“, „Annullierung der Unrechtsgesetze“, „Heimatrecht“ für die Sudetendeutschen wurde da nicht nur von deren Verband als Bedingung für die EU-Aufnahme Tschechiens gefordert, sondern auch von Waigel und Stoiber. Erstaunt reibt man sich die Augen: Wer war denn damals wo einmarschiert? Wer hatte wessen Land zum Reichsprotektorat gemacht? Wer behandelte die Tschechen als Untermenschen? Wer kann wem Bedingungen stellen? Ist es ein Traum? Aber nein, es ist Wahljahr, und die Politiker üben Begriffe besetzen. Ralf Bachmann

NS-Vergangenheit

Auch Peanuts?

Deutsche Großbanken haben sich während der Nazi-Zeit am Vermögen von Holocaust-Opfern bereichert. Kürzlich erhobene Entschädigungsforderungen bewegen sich in Milliardenhöhe.

Als vor einem Jahr US-Staatssekretär Stuart Eizenstat seinen Bericht über die Zusammenarbeit zwischen der NS-Regierung und Schweizer Banken vorlegte, herrschte in der Schweiz helle Empörung. Allerdings nicht wegen der Enthüllungen u.a. über den Handel mit Zahngold aus Vernichtungslagern, sondern über die Vorwürfe. Kurz darauf verlangte Rechtsanwalt Edward Fagan aus New York im Namen der Beraubten und ihrer Erbberechtigten von der Schweizerischen Bankgesellschaft, dem Schweizerischen Bankenverein und der Schweizerischen Kreditanstalt 1,6 Mrd. Dollar Entschädigung. Sollten die Banken sich verweigern, werde er sie in den USA verklagen. Zuerst wurde die Forderung als völlig unbegründet zurückgewiesen. Dann hörte man lange gar nichts, was als Indiz für diskrete Verhandlungen gedeutet wurde. Und nun meldet die New York Times, Banken und die Anwälte der 40.000 Kläger hätten sich auf eine Summe geeinigt, die nahe der Forderung liegt. Die Rede ist von mehr als einer Milliarde Dollar. Die drei Großbanken werden wissen, was sie tun.

Ob das Beispiel in der Bundesrepublik Schule macht, scheint fraglich. Fagan hat nun nämlich die Deutsche Bank und die Dresdner Bank im Visier. Sie sollen nach der Sammelklage Fagans für „alle Opfer, die lebenden und die toten“, deren privates Eigentum von den Nazis entwendet wurde, 32 Milliarden Mark Entschädigung zahlen. Nach äußerst vorsichtigen Reaktionen wurden die beiden Banken bald konkreter. Die Deutsche Bank erklärte, zwar Geschäfte mit den Nazis gemacht, aber nicht gewußt zu haben, von wo das Gold stamme. Es sei nämlich von der Reichsbank in Barren angekommen. Die Dresdner Bank machte es sich noch einfacher. Sie habe „alle bei Kriegsende festgestellten Vermögenswerte den Berechtigten oder ihren Erben“ zurückgegeben. „Alle“ wohl nicht, wie Adolf Diamant aus Frankfurt am Main der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ jüngst enthüllte. Diamants Vater, ein jüdischer Großkaufmann, wurde nach Auschwitz verschleppt

und hinterließ seinem Sohn ein Konto bei der Dresdner Bank. Die Dresdner Bank antwortete ihm im Oktober 1945, daß „ihr Konto beschlagnahmt wurde.“ Später habe die Antwort der von Dresden nach Frankfurt verzogenen Bank gelautet, man habe „nichts dergleichen gefunden.“ Zum Schluß wurde versprochen: „Wir werden Ihrer Angelegenheit nachgehen.“

Da stecken beide Banken nun in viel Arbeit. Fagan will den Instituten nicht unbegrenzt Zeit lassen, wenngleich bisher die Zeit für ihn gearbeitet hat, wie das Schweizer Beispiel zeigt. Die Deutsche Bank hat kürzlich die Erfahrung machen müssen, daß die Nachkriegszeit für sie keineswegs zuende ist. Sie hat eine Historikerkommission beauftragt, die Geschichte der Firma zu untersuchen. Die Fachleute fanden die Spuren von 323 Kilogramm Gold in der Deutschen Bank während der Nazizeit. Daraufhin zahlte die Bank 5,6 Millionen Mark an zwei jüdische Organisationen.

Auch die Dresdner Bank läßt derzeit Licht in ihre Vergangenheit bringen. Sie hat das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung damit beauftragt. Dort scheint man allerdings mehr Zeit zu benötigen, als bei der Deutschen Bank. Auf die Frage, wie es um die Arbeit stehe, antwortete Vorstandssprecher Thilo Sarrazin Zeitungsberichten zufolge: „Fragen sie uns in drei Jahren zu diesem Thema wieder.“

So lange wird Fagan gewiß nicht warten. Vielmehr dürften Kläger und Beklagte bald diskret Kontakte suchen, um Vergleiche zu finden. So sollen Prozesse vermieden werden. Häufig einigen sich die Parteien auf Fonds, in die auszuhandelnde Summen eingezahlt werden. An ihnen können sich auch andere Beklagte beteiligen, etwa Versicherungen, die Fagan gleichfalls verklagt hat. Ignatz Bubis, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist davon überzeugt, daß auch Banken in den USA und England sich am Vermögen von Holocaustopfern bereichert haben. Man wisse seit kurzem, „daß es in Großbritannien genauso wie in der Schweiz Konten von Juden gegeben hat, die nicht überlebt haben. Diese Konten hat der englische Staat eingekassiert.“ Bubis rechnet mit Klagen sowohl in England als auch in den Vereinigten Staaten. Dabei dürfte es ebenso wie bei der Deutschen und der Dresdner Bank um erhebliche Beträge gehen und nicht um Peanuts, wie die Deutsche Bank anfangs ihre Verluste durch den deutschen Bankrotteur Jürgen Schneider herunterzureden versuchte.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Starker Rechtsdrall**

Erschreckende Ergebnisse fördert eine neue Studie aus Berlin zutage: im Ostteil der Stadt wollen 16 Prozent der Jugendlichen rechts wählen, im Westteil acht.

Die Zeiten, als man sie an Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel erkannte, sind längst vorbei: „Rechtsextreme lassen sich nicht mehr ohne weiteres identifizieren“ sagt Hans Merckens. „Zum großen Teil pflegen sie einen völlig normalen und unauffälligen Lebensstil, kommen aus ganz normalen Familien. Oft haben die Eltern Abitur. Längst nicht alle sind gewalttätig“.

Daß Rechtsextremismus zum Bestandteil der „ganz normalen“ Realität geworden ist, belegen die Ergebnisse einer Studie, die der Professor für Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin im Auftrag der Berliner Senatsschulverwaltung erstellt hat: Danach wollen 20,9 Prozent aller Ost-Berliner Lehrlinge bei den kommenden Wahlen ihre Stimme der DVU, NPD, den „Republikanern“ oder anderen rechtsextremen Parteien geben. Stellt man in Rechnung, daß ein Drittel gar nicht wählen will, will ein knappes Drittel derer, die ihre Stimme abgeben, rechtsextrem wählen. Rechtsextreme Überzeugungen äußerten vor allem Lehrlinge in der Bau- und KFZ-Branche, und zwar umso stärker, je länger sie schon in der Ausbildung waren. An den Ost-Berliner Oberschulen stellt sich die Lage etwas besser dar: Dort wollen „nur“ 6,7 Prozent eine rechte Partei wählen. Im Westteil der Stadt liegt der Anteil potentieller Rechts-Wähler unter Jugendlichen insgesamt bei acht Prozent, im Osten bei 16 Prozent.

Als „desolat, enttäuschend, alarmierend, aber nicht unerwartet“ bezeichnete Berlins Jugendsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) am 10. Juni die Ergebnisse der bisher umfangreichsten Berliner Studie über jugendliches Wahlverhalten. 6600 Jugendliche zwischen 13 und 20 Jahren waren im Oktober 1997 an Oberschulen und Berufsschulen nach Lebensstilen und politischen Präferenzen befragt worden. Die 4400 älteren Schüler wurden nach ihrem Wahlverhalten gefragt.

Am resistenten gegen rechtsextreme Wahlpräferenzen erwiesen sich West-Berliner Oberschüler, die lediglich zu 3,4 Prozent eine rechte Partei wählen wollen. Unter den West-Berliner Auszu-

bildenden liegt der Anteil der Rechtswähler bei zehn Prozent.

Auffallend ist vor allem, daß rechte Überzeugungen sich offenbar im Laufe der Ausbildung massiv verstärken. Neigen 16jährige noch zu 9,8 Prozent zu rechtsextremen Positionen, sind es unter 18jährigen schon 19 Prozent. Im Ostteil steigt ihr Anteil im gleichen Zeitraum von 13,2 auf 25,6 Prozent. „Es scheint“, so Merckens, „daß das Umfeld der Auszubildenden noch zur Begünstigung rechter Positionen beiträgt.“ Als Beispiel für negative Auswirkungen auf demokratisches Wahlverhalten nannte Merckens die Debatte um ausländische Schwarzarbeiter in der Baubranche. Unter den Rechtswählern sind wesentlich mehr Männer als Frauen, dafür ist bei Mädchen die „Aversion gegen Politik“ sehr viel ausgeprägter.

Daß Ost-Berliner Jugendliche stärker zu rechtsextremen Positionen wie „Deutsche zuerst“ und „Deutschland muß sauber bleiben“ neigen, führt Merckens vor allem auf die DDR-Vergangenheit zurück. „Offensichtlich wurde Nationalismus in der DDR etwas stärker gepflegt als in der Bundesrepublik“. Dieser latente Nationalismus diene heute quasi als Vehikel für rechte Positionen bis in die Mitte der Gesellschaft. Als nicht einschlägig bezeichnete Merckens die üblichen vorschnellen Stigmatisierungen: Weder stammten die meisten Rechtswähler aus zerstörten Familien, noch seien sie überdurchschnittlich häufig mit Alkoholismus in der Familie konfrontiert worden. Auch sei die Korrelation zwischen Wahlverhalten und materiellen Nöten nicht übermäßig hoch. Stattdessen, so Merckens, kämen bei den jungen Rechts-Wählern verschiedene Komponenten zusammen: Komplizierte Persönlichkeiten, eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung, soziale Ängste und politischer Protest. Auch Protest als solcher reiche nicht aus, um DVU oder NPD zu wählen: „Der klassische Protestwähler wählt linke Parteien, nicht rechte“.

Als Konsequenz aus den Ergebnissen forderte der Erziehungswissenschaftler Merckens vor allem, die politische Bildung an den Berufsschulen massiv zu verstärken sowie präventive Maßnahmen der Jugendhilfe - auch wenn man sich über die „große Mehrheit der Jugendlichen keine Sorgen machen muß“. Als gefährdet, in Rechtsextremismus, Drogenkarrieren oder Gewalt abzudriften, erachtet Merckens 20 Prozent. Um vier Prozent müsse man „in erheblicher Sorge sein“.

Jeanette Goddar

FU Berlin, Prof. Hans Merckens, Fabeckstraße 13, 14195 Berlin, Tel.030/8385224, fax -/8384796.

NS-Vergangenheit

„Kein Grund zum Jubeln“

Der Deutsche Bundestag hat nach 45 Jahre dauernden Auseinandersetzungen endlich die Rechtmäßigkeit von NS-Urteilen aufgehoben

In den Urteilen der 3.000 Militärjuristen der gut 1.000 NS-Kriegsgerichte stand es mehr als 46.000 Mal: Verurteilt zum Tode wegen „Zersetzung der Wehrkraft“, „Fahnenflucht“ oder „Befehlsverweigerung“. Über 20.000 Urteile wurden vollstreckt, viele tausend Verurteilte kamen in den berüchtigten „Bewährungskompanien“ um. Dazu drei Vergleichszahlen: Die USA verhängten während des Zweiten Weltkrieges, der für sie vom 8. Dezember 1941 bis zum 15. März 1946 dauerte, 763 Todesurteile, von denen 146 vollstreckt wurden, unter ihnen 75 wegen Mordes und 52 wegen Vergewaltigung. Großbritannien vollstreckte 40 Todesurteile gegen Angehörige seiner Streitkräfte, davon 36 wegen Mordes. In Frankreich betrug die Zahl der hingerichteten Soldaten mindestens 102. Genauere Zahlen gibt es nicht, weil einige Archive verlorengegangen sind. Viele deutsche Militärjuristen waren keine Juristen im Sinne des Wortes, sie waren Unrechtsgehilfen, und zwar über den 8. Mai 1945 hinaus. Der Marinerichter Hans Filbiner (CDU), später Ministerpräsident von Baden-Württemberg, bleibt dafür ein abschreckendes Beispiel.

Der Deutsche Bundestag brauchte 53 Jahre und 20 Tage, ehe er sich am 28. Mai endlich dazu durchringen konnte, ein NS-Unrechtsaufhebungsgesetz zu verabschieden. Obwohl der 5. Senat des Bundesgerichtshofes festgestellt hat, das DDR-Unrecht sei gegenüber dem NS-Unrecht „minderes Unrecht“, schaffte es der Bundestag nach dem Ende der DDR binnen weniger Wochen, das DDR-Unrecht „sofort und pauschal“ aufzuheben. Das wollte die Mehrheit der Bonner Abgeordneten für NS-Unrecht aber auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht. Den Grünen fehlt hinreichende Klarheit über die wegen Homosexualität oder Desertion Verurteilten. Die Aufhebung der Urteile gegen diese beiden Gruppen wurde nämlich nicht ins Gesetz, sondern nur in die Begründung aufgenommen. Nach der Generalklausel, auf die sich Ko-

alition und SPD geeinigt haben, sind nun alle Urteile null und nichtig, „die unter Verstoß gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit nach dem 30. Januar 1933 zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des NS-Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind.“ Insgesamt gilt das nach Schätzungen von Rechtsexperten für bis zu 500.000 NS-Richtersprüche und etwa 350.000 Anordnungen z.B. von Zwangssterilisationen.

Das Ringen um die Rechtmäßigkeit der NS-Urteile hat fast auf den Tag genau 45 Jahre gedauert. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wollte die Terrorurteile schon 1950 außer Kraft gesetzt sehen. Doch Adenauers Justizminister Thomas Dehler (FDP), zweifelsfrei ein untadeliger Jurist und Demokrat, riet davon ab. Man tue gut daran, die Finger von der NS-Zeit zu lassen. So verschwand der SPD-Versuch zum ersten, aber beileibe nicht zum letzten Mal in den Aktenschränken. Auch in der Zeit der sozial-liberalen Koalition gelang es nicht, hier endlich reinen Tisch zu machen. Die FDP saß ja immer mit im Regierungsboot. Diesmal nun hat Edzard Schmidt-Jortzig - auch ein FDP-Mann - kurz nach der Übernahme des Bundesjustizministeriums mit Nachdruck erklärt, jetzt müsse es endlich zur Sache gehen. Die Urteile seien insgesamt Unrecht. Ganz durchsetzen konnte er sich nicht, wie das Beispiel Deserteure und Schwule zeigt. Ob auch hier wieder der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU, Norbert Geis (CSU), den Bremser gespielt hat? Wir werden es gewiß bald erfahren. Hertha Däubler-Gmelin, Rechtsexpertin der SPD und als Justizministerin im Kabinett von Gerhard Schröder im Gespräch, sagte, es sei „kein Grund zum Jubeln“ über das, was nun endlich Gesetz geworden sei.

Die neue Lage betrifft im übrigen nicht nur deutsche Opfer der NS-Militärjustiz. Als am 1. September deutsche Truppen Danzig überfielen, leisteten polnische Beamte in der Danziger Hauptpost mit Pistolen und drei Maschinengewehren erbitterten Widerstand. Erst nachdem deutsche Polizeisoldaten Benzin in den Postkeller gekippt hatten und das Gebäude in hellen Flammen stand, ergaben sich die polnischen Verteidiger. Sie verließen mit erhobenen Händen das Gebäude. Trotzdem ermordeten deutsche Polizisten einige Verteidiger an Ort und Stelle. 38 Männer kamen zunächst in Gefangenschaft. Sie wurden bald danach vor ein deutsches Militärgericht gestellt, das sie nach kurzer

Verhandlung zum Tode verurteilte. Die Terrorurteile wurden am 5. Oktober 1939 vollstreckt. Dies wurde kürzlich während eines Symposiums in Gdansk bekannt, über das die „Süddeutsche Zeitung“ ausführlich berichtete. Die 38 Todesurteile vom Herbst 1939 sind seit dem 28. Mai 1998 nichtig. Auf die deutsche Justiz kommt viel Arbeit zu, die ihr allerdings im Gegensatz zu den vergangenen 53 Jahren und 20 Tagen Ehre macht.

Wer von den Überlebenden und Hinterbliebenen meint, nun etwas unternehmen zu können, sollte sich mit dem „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ in Köln in Verbindung setzen. Sein Sprecher Lothar Evers hat mitgeteilt, der Bundesverband habe ein Merkblatt verfaßt, das Hilfe und Ratschläge erteilt. Der Verband ist zu erreichen: Holweider Straße 13-15, 51065 Köln, Tel. (0221) 612041, Fax: (0221) 9624457.

Heiner Lichtenstein

Grauzone

Rechte Propaganda

Das Buch „Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42“ des emeritierten Professors für Geschichte an der Bundeswehrhochschule München, Franz W. Seidler (vgl. BNR 8/98, entwickelt sich in der rechtsextremen Szene zu einem der größten Bestseller der letzten Jahre. Für das Buch, das „als schärfste Waffe gegen die diffamierende Anti-Wehrmachts-Ausstellung des Tabakmillionärs Reemtsma“ gilt, so die Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, wird in allen einschlägigen Szene-Periodika geworben; u.a. in der antisemitischen Schrift „Recht und Wahrheit“, in den NS-apologetischen „Huttenbriefen“, im NPD-Bundesorgan „Deutsche Stimme“, im „Euro-Kurier“ des holocaustleugnenden Grabert-Verlages, in „Europa Vorn“, „Nation+Europa“, in „Criticon“, der „Jungen Freiheit“, in der österreichischen Monatszeitschrift „Aula“...

Erschienen ist das Seidler-Machwerk im Verlag „Pour le merite“ aus dem schleswig-holsteinischen Martensrade. Den Angaben des „Verzeichnisses lieferbarer Bücher“ zufolge zählt der Verlag zum Imperium des bundesweit bekannten Rechtsextremisten Dietmar Munier (u.a. Arndt-Buchdienst, Europa-Buchhandlung). Munier und seine Unternehmen werden seit Jahren in den Verfassungsschutzberichten von Schleswig-Holstein aufgeführt und waren ausführlich im Bundesverfassungsschutzbericht 1996 erwähnt. A. M.

Aktivitäten

Erfolg schafft neue Freunde

Der nach ultrarechts mutierte „Friedensforscher“ Alfred Mechtersheimer zählt heute zu den wichtigsten Strategen des rechtsextremen Spektrums. Durch den Wahlerfolg der DVU scheint sich jetzt eine Annäherung ehemaliger Kontrahenten abzuzeichnen.

Im kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellten Verfassungsschutzbericht 1997 für Nordrhein-Westfalen gehört Alfred Mechtersheimer zu den meistgenannten Personen. Es werden zahlreiche Zitate aus seinen Artikeln in der „Jungen Freiheit“ und aus seiner Rede vor der REP-Fraktion im Stuttgarter Landtag angeführt. Sie dienen quasi als Referenz dafür, was im Bereich der „Neuen“ Rechten als rechtsextremistisch zu bewerten ist. Die Zusammenarbeit mit ihm (und nicht umgekehrt) wird als Indiz für antidemokratische Tendenzen bei den „Republikanern“ und bei der JF gewertet. Nach Einschätzung des VS NRW hat sich Mechtersheimer im „Laufe des Jahres 1997 zu einem der wichtigsten Protagonisten rechtsextremistischer Bestrebungen“ entwickelt. Sein Verein „Friedenskomitee 2000“ wird eindeutig als rechtsextremistisch eingestuft.

Nach dem DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt meldete sich Alfred Mechtersheimer im „Ostpreußenblatt“ und in der „Aula“ mit einer neuen Lageeinschätzung zu Wort. Im „Ostpreußenblatt“ vom 23.5.1998 schreibt er: „Die Bundesrepublik nähert sich dem Ende ihrer Lebenserwartung“. Dies sei ein quasi-biologischer, unvermeidlicher Prozeß - Republiken würden im Unterschied zu Monarchien grundsätzlich „nicht viel älter als ein halbes Jahrhundert“. Er interpretiert die Ereignisse Ende April und Anfang Mai 1998 als mögliches „Wetterleuchten des drohenden Niedergangs“ - „Dem Deutschen Volk wurde seine erfolgreiche Währung aus der Hand gerissen, und in einem Bundesland votierte erstmals die Jugend mehrheitlich für rechts- und linkradikale Parteien.“

Bei der kommenden Bundestagswahl sei ein Regierungswechsel nicht ausgeschlossen, was die Situation aber für Mechtersheimer noch verschlimmern dürfte: „Dies würde jedoch den Niedergang

nicht aufhalten, weil dann Kräfte an die Macht kämen, die mit internationalistischem Ungeist und friedensgefährdendem Multikulti-Wahn die Systemkrise so verschärfen, daß Adenauers Warnung vor dem Untergang Deutschlands aktuell wird. Deutschland wird trotz allem so schnell nicht untergehen, aber diese Republik wäre dann tatsächlich am Ende“, spekuliert Mechttersheimer.

In der österreichischen rechtsextremen Burschenschaftszeitung „Aula“ 5/98 wird Mechttersheimer in einem Interview mit Jürgen Schwab, der aus dem Umfeld der fränkischen NPD/JN kommt und häufiger Autor in den „Staatsbriefen“ und neuerdings auch der „Aula“ ist, konkreter. Befragt, welche Schlußfolgerungen aus dem Erfolg der DVU zu ziehen seien, erklärt Mechttersheimer u.a.: „Eine Konsequenz für uns ist, daß wir die Kluft zwischen moderater Sprache und wachsender Wut in der Bevölkerung verringern werden (...) In einer Systemkrise gewinnt man Gefolgschaft nicht durch Varianten bürgerlicher Politik (...) Wir müssen mit nationalstaatlichen Mitteln gegen die Willkür des Marktes steuern. Dafür muß aber die Staatsquote nicht noch weiter erhöht werden; wir müssen vielmehr sowohl das Steueraufkommen als auch staatliche Ausgaben neu aufteilen, wobei es zwei Kriterien gibt: das Soziale und das Nationale. Beispiele: Mit den Milliardenbeträgen für unerwünschte Zuwanderer sind Programme zur Förderung deutscher Familien zu finanzieren. Statt Milliardentransfer ins Ausland ist die deutsche Volkswirtschaft zu modernisieren.“

■ Keine Chance mehr den „Republikanern“ ■

Emphatisch läßt sich Mechttersheimer dann auch über sein Lieblingsthema, die „Bewegung“ aus: „Eine Bewegung muß sich aus der Mitte heraus an den Rand bewegen, um von dort mit neuer Qualität wieder auf die Mitte einzuwirken. Wir setzen nicht auf ‘Pferde’, sondern spannen dasjenige ein, das in der jeweiligen Phase am besten zieht. Wie Mechttersheimers Pferd aber nun heißen soll, nachdem sich die zunächst favorisierten REP immer mehr als lahmer Gaul herausstellen, verrät er nicht ausdrücklich. Die REP erwähnt er jedenfalls in dem obigen Interview mit keinem Wort. Den BFB kritisiert er als zu wenig sozial. Die NPD sei keine wirkliche Kraft; die Einschätzungen über einen NPD-Aufschwung im Osten seien „durchsichtige Propaganda des Verfassungsschutzes“. Die

DVU kritisiert er interessanterweise nicht inhaltlich, sondern nur, weil sie eine „basislose Partei“ sei. Soll nun etwa Mechttersheimers virtuelle Bewegung diese Basis liefern?

Über seine eigene Rolle dabei merkt Mechttersheimer dazu an, daß er sich selbst „als Theoretiker und Praktiker des nationalen Befreiungskampfes für ein neues Deutschland“ sehe. Denn schließlich, so Mechttersheimer in einem Brief vom 12. April, wird sich das Nationale rächen, „wenn es nicht das ihm Gebührende erhält“.

■ „Ansteckende Krankheit DVU“ ■

Gerüchte, die die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Ausgabe 24/98) verbreitet, daß Mechttersheimer sich um einen Listenplatz bei der DVU bemüht habe, werden von dem zwar halbherzig dementiert: „Ich habe nicht für solche Gespräche plädiert, fände es aber nicht kritikwürdig, wenn ich es getan hätte“, hieß es dazu in dem rechtsextremen Nachrichtendienst PHI am 5. Juni. Reaktionen aus dem Umfeld von Mechttersheimers „Bewegung“ lassen jedoch darauf schließen, daß hier in der Tat eine Öffnung gegenüber der DVU im Gange ist. So äußerte sich auch Thomas S. Fischer, Koordinator der Regionalbeauftragten der „Deutschlandbewegung“ und „Anti-Antifa“-Spezialist aus dem Umfeld des Professors Hans-Helmuth Knütter, zum Thema DVU: „Leider konnte ich bisher über Herrn Frey nicht genügend objektive Informationen sammeln, um ihn angemessen zu beurteilen. Daher bin ich auch nicht bereit, die Revolverberichterstattung der antideutschen Gesinnungspresse gegen die DVU kritiklos zu übernehmen“. An JF-Chefredakteur Dieter Stein gerichtet schreibt er: „Über den offenen Antisemitismus der Frey-Presse ist mir nichts bekannt. Ist das Ihre persönliche Meinung, oder haben sie diesen Totschlagbegriff, der normalerweise von der PC-Gedankenpolizei zur Diffamierung des politischen Gegners verwendet wird, den Verfassungsschutzberichten entnommen? Sie erwecken in der Jungen Freiheit zuweilen den Eindruck, als ob der Name DVU die Abkürzung für eine ansteckende Krankheit sei und bauen damit einen Popanz auf.“ (PHI 6.6.1998)

Es ist schon erstaunlich, wie die Aussicht auf gutdotierte Abgeordnetenpöstchen Todfeinde von einst plötzlich verbindet. Sollte die nunmehr seit Jahrzehnten in der Szene geforderte „rechte Einheit“ nun als Farce zustande kommen?

Napoleon Fischer

Hintergrund

Baltischer Recke

Der deutschlettische Rechtsextremist Joachim Siegerist tönt wieder mit kühnen Wahlvorhersagen. Von Lettland aus will er dann Einfluß in der Bundesrepublik gewinnen.

„Ich will Ministerpräsident im deutsch-freundlichen Lettland werden“ - bekundet Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender des Vereins „Die Deutschen Konservativen“ und Führer der „Volksbewegung für Lettland“, in einem internen Rundbrief. Die Chancen des früheren Springer-Journalisten („Bild“, „Hör-Zu“) bei der lettischen Parlamentswahl am 3./4. Oktober eine starke Fraktion seiner Volksbewegung in die 100köpfige Saeima zu schicken, scheinen derzeit nicht schlecht zu stehen. Mit über 500 Kandidaten will die angeblich 20.000 Mitglieder umfassende Siegerist-Partei in allen 26 Wahlbezirken des Landes kandidieren.

Seine politische Tätigkeit begann der 1947 geborene Siegerist als 16jähriger Schriftsetzer-Lehrling im sektiererischen „Christlichen Gewerkschaftsbund“ (CGB). In rechten Kreisen wurde der braungefärbte Agitator in den 80er Jahren vorrangig durch den kostenlosen Vertrieb des Deutschlandliedes in allen drei Strophen auf LP bekannt. Die selbstproduzierte Schallplatte will der rechte Recke mehr als eine Million mal an den Mann gebracht haben.

Die „Deutschen Konservativen“ haben nach Angaben von Siegerist, der laut eigenem Bekunden früher Wahlkämpfe für CDU-Politiker organisierte, zwar nur 25 Mitglieder, aber 250.000 „finanzielle Förderer“. Mehr Mitglieder seien wegen der Gefahr der Unterwanderung und des Auseinanderbrechens auch gar nicht erwünscht.

.Gegründet wurde der Verein 1986 von Siegerist als Abspaltung der pleite gewirtschafteten „Konservativen Aktion“ (zuvor: „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“), deren Geschäftsführer Siegerist war.

Schwerpunktmäßig beschäftigen sich „Die Deutschen Konservativen“, die 1996 erstmals in der Rubrik Rechtsextremismus im Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt sind, derzeit mit der „zunehmenden Gefahr für Deutschland durch fundamentalistische Islamisten“ und dem „Abgleiten unseres Staates in die Hände der 68iger Generation“.

Zu diesen Themenbereichen fand im April auch die diesjährige Jahrestagung im Hochsauerland statt. Als Referenten waren im internen Rundbrief u.a. angekündigt: CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, Berliner Innensenator a.D., Rüdiger Proske, Chef-Ankläger gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, der umtriebige Nationalist Alfred Mechtersheimer und der frühere Strauß-Anwalt Günther Ossmann, der Siegerist auch im vergangenen November vor dem Hamburger Landgericht juristisch zur Seite stand. Das Gericht verurteilte Siegerist wegen Volksverhetzung in zweiter Instanz zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten.

. .

1991 verlagerte Siegerist Teile seinen politischen Aktions-u. Wirkungskreises und wurde Mitinhaber der lettischen „Riga Union GmbH“, eines unweit der Nationaloper von Riga betriebenen Textilengeschäftes. Von nun an baute Siegerist, der die lettische Staatsbürgerschaft annahm (sein Vater war Lette und Wehrmachtsangehöriger), seine Aktivitäten in dem Baltikum-Land systematisch aus. 1993 wurde der „Demagoge, Geschäftsmann und Samariter“ („Der Spiegel“) für die ultrarechte „Bewegung für nationale Unabhängigkeit Lettlands“ (LNNK) in das Parlament gewählt. Nach dem Rauswurf aus der LNNK-Fraktion, „weil seine politische Tätigkeit nicht mit den Grundprinzipien der Bewegung übereinstimmte“, gründete er seine eigene Partei „Volksbewegung für Lettland“, eine Oppositionspartei, die es 1995 bei den Parlamentswahlen auf einen Stimmenanteil von über 15 Prozent brachten. Ein gutes Abschneiden bei den kommenden Parlamentswahlen dürfte derzeit nicht so unrealistisch sein.

Doch mit der erhofften Machtübernahme in Lettland möchte sich Siegerist nicht begnügen - träumt er doch heimlich davon, sich selbst an die Spitze der zersplitterten Rechten in der Bundesrepublik zu setzen. In einem seiner jüngsten Rundbriefe wird vorhergesagt: „Kommt er - mit lettischem Mandat - zu Besuch nach Deutschland, ist ihm die Aufmerksamkeit sicher. Die Vorstellung, daß der dann plötzlich - wie auch immer - beachtete Siegerist sein Gewicht in die Waage wirft und auch in Deutschland wieder eine konservative Partei aus der Taufe heben könnte- ist für viele Schmalspur-Geister in der Union schlicht und einfach gräßlich und eine Horror-Vorstellung.“ Gleichzeitig behauptet Siegerist, daß eine „ganze Reihe von Freunden aus der CDU (und vor allem der CSU)“ ihm im Falle eines Wahlsieges in Lettland „ihre Hilfe“ „zugesagt hätten.“ Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Bundesweiter Einfluß

Die nackten statistischen Zahlen im aktuellen Verfassungsschutzbericht der Hansestadt Hamburg trügen. Die Aktivitäten im Hamburger Stadtgebiet sind rückläufig, dafür hat sich der Aktionsradius der Rechtsextremisten aus der Elbmetropole erheblich vergrößert. Zu merken ist das besonders in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Aktionen rund um die Personen Thomas Wulff und Christian Worch haben bundesweite Bedeutung.

Ein rechtsextremes Potential existiert natürlich auch in Hamburg. Glücklicher Umstand bei den Bundestagswahlen im September des Vorjahres war lediglich, daß sich gegenseitig konkurrierende Kandidaturen unter die Fünf-Prozent-Hürde gedrückt haben. Der DVU wäre bei 4,977 Prozent der Stimmen fast der Einzug ins Parlament geglückt., in vier Bezirksversammlungen Hamburgs hielt die Frey-Partei Einzug. Eine Beobachtung der Verfassungsschützer beunruhigt: Frühere gegenseitige Abgrenzungsbemühungen von Neonazis und NPD gehören der Vergangenheit an. Registriert wurden „deutliche Zuwächse bei den aktionistisch ausgerichteten Neonazis“. Außerdem wurde in mehreren Hamburger Stadtteilen eine größere gewaltbereite, ausländerfeindliche Szene beobachtet.

Die Zahl der Rechtsextremisten ist bei ca. 1200 im Vergleich zu den Zahlen 1996 gleich geblieben. Lediglich bei den bislang 130 „Republikanern“ gab es nach den Bürgerschaftswahlen einen Mitgliederschwind. Ein Personenkreis um den ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen „Nationalen Liste“, Thomas Wulff, hat seine Arbeitsschwerpunkte in die benachbarten Bundesländer gelegt. In Hamburg selbst trat die Gruppierung der selbst ernannten „Freien Nationalisten“ kaum in Erscheinung. Zu den hauptsächlich von Wulff getragenen Aktionen gehörten Aufmärsche, Kranzniederlegungen, Versammlungen und Flugblattverteilaktionen.

Im vergangenen Jahr zählte man 299 rechtsextremistische Straftaten, darunter 30 Gewalttaten. Das war ein Rückgang von vier Prozent gegenüber 1996 (311) was die Straftaten anging. Bei den Gewalttaten hingegen gab es ein leichtes Plus (1996:27). Hervorgehoben wird im Verfassungsschutzbericht die inzwischen auch bundesweit tragende Rolle der Postille „Hamburger Sturm“. Mit dem zum Jahresanfang erschienen Magazin „Zentralorgan“ (ZORG) hat Thomas Wulff ein neues

bundesweites Zeitungsprojekt der Neonazis ins Leben gerufen. Das in Nordrhein-Westfalen erscheinende Skinhead-Fanzine „Moonstomp“ wurde als Beilage in ZORG integriert.

Andre Goertz, einst FAP-Größe und zuletzt im rechten Lager eher isoliert, beschränkte sich 1997 fast nur auf die beiden von ihm betriebenen Nationalen Infotelefone Hamburg und Schleswig Holstein. Dazu versuchte er sich als Händler mit seinem „Nord-Versand“. Ausdrücklich erwähnt im Bericht der Hamburger Innenbehörde wird das jährlich organisierte Skinhead-Fußballturnier mit rund 150 Teilnehmern auch aus anderen Bundesländern. Eine andere regionale Besonderheit ist der sogenannte „Hamburger Kreis“, einst als Lesekreis der „Jungen Freiheit“ gegründet. Seit 1996 wird der Zusammenschluß aber losgelöst von der Zeitung fortgeführt als „Neue-Rechte“-Zirkel. Der „Hamburger Kreis“ ist eng mit den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ verwoben, wobei Einfluß durch Personalunion in mehreren Ämtern gewonnen wurde.

Horst Freires

**Veranstaltungshinweis**

Kiel - In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt wird vom 25.August bis zum 19.September im Foyer des Landeshauses die Ausstellung „Anne Frank - eine Geschichte für heute“ gezeigt. Die Schirmherrschaft hat Landtagspräsident Heinz Werner Arens (SPD) übernommen. Zusammenge stellt wurde die geschichtliche Dokumentation vom Anne-Frank-Zentrum in Berlin.

Als Veranstalter in Kiel tritt das Evangelische Jugendpfarramt auf. Hauptzielgruppe an Besuchern sind Schulklassen (ab 13 Jahre). Diese sollen nach Anmeldung durch ältere Schüler (16 bis 19 Jahre) geführt werden, wofür noch Interessierte gesucht werden.

Vorgesehen sind ebenso Diavorträge über das KZ Auschwitz, Stadtrundfahrten durch das Kiel der Jahre 1933 bis 1945 sowie eine Plakatausstellung über die „Gegenwart von Auschwitz“. Vom 9. bis 19.Juli reist dann eine Gruppe mit Jugendlichen nach Polen und besucht unter anderem die KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Geplant ist auch eine Fahrt zum Anne-Frank-Haus in Amsterdam. Gesucht werden ebenfalls noch Zeitzeugen, die sich für aufklärerische Vorträge zur Verfügung stellen können.

Kontakt ist herzustellen über: Religionspädagoge Volkmar Thuss-Nieschlag Jugendpfarramt Kiel, Kirchhofallee 61, 24114 Kiel, Tel. 0431/671206.

Parlamentarische Aktivitäten

Bundestag und Rechtsextremismus 1997

Im Anschluß an die Dokumentation für die Jahre 1995 (BNR 1/96) und 1996 (BNR 2/97) werden nachfolgend parlamentarische Aktivitäten im Deutschen Bundestag im Jahr dokumentiert. Es fällt auf, daß wiederum das Instrument der Kleinen Anfrage nahezu ausschließlich von der PDS genutzt wurde. Die Koalition ist mit einer einzigen Nennung vertreten, die zudem das Ziel verfolgte, die Verursacher für rechtsextremistische Vorfälle bei der Bundeswehr bei Stasi-Nachfolgern zu suchen.

1. Große Anfragen		
Gruppe der PDS	Zur Lage in Ostdeutschland, u.a. Rechtsextremismus	13/8369
2. Kleine Anfragen		
Fragesteller	Gegenstand der Anfrage	Drucks.Nr.
U.Jelpke u. PDS	Frauen und extreme Rechte (I)	13/6583-6672
U.Jelpke u. PDS	Die Goldhagenrezeption im Bayernkurier u. in Publikationsorganen der extremen Rechten	6644-6767
U.Jelpke u. PDS	Der BdV u.d.Tag der „Tag der Heimat“ am 9.9.1996 in Berlin	6582-6695
U.Jelpke u. PDS	Ausländerfeindl.u.rechtsextr.Ausschreitungen in der BRD im Monat Nov.1996 bis Nov. 1997 (jeweils monatlich) - Anzahl der Ermittlungsverfahren, U-Haft, Verurteilungen, verletzte bzw. getötete Personen	6604-6681 6764-6866, 7007-7399 7294-7397, 7404-7574 7856-8001, 7857-8054 8242-8323, 8411-8462 8616-8785, 8885-9096 9114-9362, 9563-9687
U.Jelpke u. PDS	Gewalt gegen Aussiedler im Jahre 1996-Ermittlungsverfahren gg. Rechts- extremisten, U-Haft, verletzte u.getötete Personen	6763-6867
U.Jelpke u. PDS	Antisemitische Straftaten im 4.Quart./96- 1.-4. Quart.97 - Anzahl der Tatverdächtigen, der Ermittlungsverfahren u.d.verurteilten Personen	6765-6865, 7405-7575 8243-8324, 8928-9117 9562-9737
U.Jelpke u. PDS	Tötungsdelikte mit zu vermutender o.tatsächlicher fremdenfeindlicher u/o rechtsextremistischer Motivation im Jahre1996	6813-6941
U.Jelpke u. PDS	Brandanschläge m.vermuteter o.tats.ausländerfeindl.u/o rechtsextr. Motivation auf Wohnungen,in denen Ausländer leben u.auf Wohnheime von Asylsuchenden im Jahre 1996	Berichtig 7781 6814-6942
A.Buntenbach u. Frakt.B90/Gr	Rede des Vizepräsidenten des BdV Dr.P.Latussek vor der GfP - Rechtsextrem.im BdV...	6948-7236
U.Jelpke u. PDS	(Neu-)Gründung d. „Rep.Hochschulverb.“, die Burschenschaft „Normannia-Leipzig zu Marburg“ und die Zeitschrift „Junge Freiheit“	6950-7186
U.Jelpke u. PDS	Das Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus und eine Veranstaltung mit dem „Nationalrevolutionär“ Henning Eichberg	7127-7302
U.Jelpke u. PDS	Prof.Hans-Helmuth Knütter u.seine Kontakte zu rechtsextr.Kreisen	7049-7380
U.Jelpke u. PDS	Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über Kai Diesner, über die Gruppe „Weißer Arischer Widerstand .. im Jahr 1997 u. rechtsextreme Aktivitäten gegen die PDS	7151-7327
A.Buntenbach u. Frakt. B90/Gr	Beschlagnahme Waffen und Feindliste, Wehrsportübungen,verfassungsschutzrelev.Auskünfte (u.a.Kai Diesner), Maßnahmen gg.neonazistische Untergrundgruppen, Vermittlungsverf.gem.ß 129 a StGB seit 1990	7229-7378
U.Jelpke u. PDS	Der „Hutten-Verlag“ und der Rechtsextremismus ...	7313-7377
U.Jelpke u. PDS	Der „Bund für Gesamtdeutschland“ und der Rechtsextremismus (II)	7312-7375

U.Jelpke u. PDS	Paul Latusseks Mitgliedschaft im Beirat f. Vertriebenen-, Flüchtlings- u. Spätaussiedlerfragen beim BMI	7411-7583
U.Jelpke u. PDS	Die „Deutsche Unitarier Religionsgem.e.V.“ u.d.rechtsextr.Spektrum	7457-7636
U.Jelpke u. PDS	Der „Prümmer-Buchdienst und Verlag“, das „Ostpreußenblatt“ und die rechtsextremen Nachrichten der HNG	7412-7586
U.Jelpke u. PDS	Der „Freiheitliche Volksblock“	7840-8002
U.Jelpke u. PDS	Zwei Todesopfer bei Messerstecherei in Berlin - rechtsextr.Hintergrund	7909-8105
U.Jelpke u. PDS	Die Hetendorfer Tagungswoche, deren Initiator Jürgen Rieger und der Rechtsextremismus	8119-8234
U.Jelpke u. PDS	Die Vertriebenenzeitung „Der Schlesier“, das „Ostpreußenblatt“ und die NS-Propaganda - Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über den Arndt-Verlag ..	8120-8231
U.Jelpke u. PDS	Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) u.der RE III	8197-8304
U.Jelpke u. PDS	Dr.Alfred Mechtersheimer u. seine Kontakte zu rechtsextr.Kreisen ...	8772-8881
U.Jelpke;E-M. Bulling-Schröder u.PDS	„Friedenskomitee 2000“ und die Deutschland-Bewegung	9077-9456
U.Jelpke u. PDS	Zunahme von rechtsextremen Vorfällen in der Bundeswehr ... u.a. Rolle des „Komitees für freiw. Reservistenarbeit-Nord; Gebirgsjäger;Liedgut	
U.Jelpke u. PDS	Der Aufbau des „Preußischen Mediendienstes“ u.d.Verl.S.Bublies	9474-9670
3. Schriftliche und Mündliche Anfragen		
S.Vergin, SPD	Veröffentlichung einer Kontaktliste mit Ansprechpartnern v.Neonazi- gruppen im INTERNET durch norwegische Rechtsextremisten	13/6665
V.Beck, B90/Gr	Konsequenzen der Münchener Wehrmachtsausstellung für die polit Bil- dungsarbeit;Vorgehen Rechtsradikaler gegen die Ausstellung	7148
A.Buntenbach, B90/Gr	Aufruf von Rechtsextremisten zu einer Veranstaltung am 1.März 1997 in München; Auswirkungen	Pl.Pr.13/162, S.14622 7148 Pl.Pr.13/162, S.14621B-D 7218
I.Pollak, SPD	Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die rechtsextr.Bestrebungen der neugeman.-heidnischen Gruppen, insbes.des „Armanenordens“, unter Benutzung der ANSE als Plattform	7218
K.Barthel,SPD	Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über den Ehemann des ANSE-Gründungsmitgl.Susanne M.Schönlaub, Hans G.Fröhlich, und das Collegium Humanum in Vlotho	7218
C.Lucyga, SPD	Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über Verbindungen der „Deutschgläubigen Gemeinschaft e.V.nach Österreich und Großbritannien	7218
C.Lucyga, SPD	Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die Verbindung der Ariogermanischen Kampfgemeinschaft zur Skin-Band „Landser“	7218
C.Sonntag-Wolgast, SPD	Verbindung der „Germanischen Glaubensgemeinschaft“ z. „Heidnischen Gemeinschaft“;verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft“	7218
S.Vergin, SPD	Erkenntnisse über die rechtsextremistischen Bestrebungen der deutschen Anhänger der schwed.Org. „Weißer Arischer Widerstand“	7305
G.Zwerenz, PDS	Auswahlkriterien für den SFOR-Einsatz in Bosnien-Herzeg.vorgesehenen Soldaten anges.d.fremdenfeindl.Vorfälle in Detmold am 17.3.1997	7403
A.Buntenbach, B90/Gr	Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über die rechtsextrem.Bestr. hins.des Aufrufs zum Aufmarsch am 1.Mai 1997 in Leipzig	7454 Pl.Pr.13/171, S.15439-40
S.Vergin, SPD	Aufklärung der Öffentlichkeit über den Revisionismus im Rahmen der geistig-politischen Auseinandersetzung	7770
S.Vergin, SPD	Aufklärung der Öffentlichkeit über den Revisionismus im Rahmen der geistig-polit. Auseinandersetzung durch einen Hinweis im INTERNET	8304
S.Vergin,	Verfassungsschutzrelev.Erkenntnisse über gewalttätige u.rechtsextrem. SPD Vorfälle auf dem Kirchent.in Leipzig; Bekämpfung der Ursachen	8203
B.Zierer,	Beteiligung Dritter (Stasi-Kreise) an den bei den Schneeberger CDU Gebirgsjägern von Bundeswehrsoldaten gedrehten Gewaltvideos	9118
Sonstiges		
W.Nachtwei, A. Behr, u. Fr.B90/Gr	Offensives Vorgehen gegen Rechtsextremismus in den Streitkräften ... Entschließungsantr. Zum Jahresbericht 1996 der Wehrbeauftr,	13/8851 Pl.Pr.13/200
Bearbeitet von Klaus-Henning Rosen		

Bücherschau**In Odins Namen**

Die Vorstellung, jemand aus unserer Nachbarschaft bewegte sich, verkleidet als Indianer, in seiner Freizeit durch mitteleuropäische Wälder oder durch bundesdeutsche Karnevalsveranstaltungen, würden wir nachsichtig als Ausdruck verlängerter Kindheit belächeln, stören würde es nicht. Nicht anders denken wir über den, der als Kontrapunkt zu abendländischer Hektik sich in asiatische Religionen versenkt. Kaum anders wäre es bei demjenigen, der, schurz- und helmbewehrt, in der Heide die Nähe zu unverfälschter Natur und zu seinen germanischen Ahnen sucht - wenn nicht die Begeisterung für Germanisch-Heidnisches eine verdächtige Nähe zu jenen allgegenwärtigen zwölf braunen Jahren hätte, in denen von Amts wegen Arisch-Heidnisches an die Stelle des Abendländisch-Christlichen gerückt werden sollte. Und wenn es nicht nach dem Niedergang des 3.Reiches das Bemühen gegeben hätte, jenen Strang der Nazi-ideologie in die bundesdeutsche Demokratie hinüberzuretten. Und deshalb darf es nicht gleichgültig lassen, wenn es bei denen, die sich heute für das Germanentum begeistern, in den seltensten Fällen nur um Geschichte oder Volkskunde, Sagen und Mythen geht, wenn vielmehr das Bekenntnis zum Heidentum regelmäßig Vehikel für eine politische Einstellung ist, deren Träger ihre Verbundenheit mit NS-Denken gar nicht zu verbergen trachten.

Will man sich über solche Verbindungen informieren und sucht unter dem Stichwort „Rechtsextremismus“ etwa im Verfassungsschutzbericht nach einer Auskunft über die Verbreitung derartiger Bestrebungen, wird man wenig Erfolg haben. Erstmals im Bericht für 1997 gibt es einen knappen Hinweis auf die von dem einschlägig bekannten Hamburger Rechts-Anwalt Rieger mit der von ihm gesteuerten „Artgemeinschaft -Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ zum siebten Mal veranstalteten - 1998 von Niedersachsen unterbundenen - „Hetendorfer Tagungswoche“, die laut Mitteilung des Kölner Amtes „seit jeher rechtsextremistische Politikinhalt mit der Stilisierung pseudogermanischer Riten“ verbindet.

Daß es sich bei den Anhängern dieser Art Neu-Germanentums keineswegs um harmlose Spinner handelt, macht Franziska Hundseder deutlich. In ihrem neuesten Buch, profund wie man es von ihr ge-

wöhnt ist, kann sie immerhin mit drei Straftätern aus den letzten Jahre aufwarten, die „Morde in Odins Namen“ begingen: Thomas Lemke, Josef Saller, Kay Diesner waren, als sie ihre Mordtaten ausführten, von völkisch-germanischem Gedankengut geprägt. Hundseder ist seit langem mit beachtlichem persönlichen Einsatz bemüht, fehlendes amtliches Wissen zum Rechtsextremismus durch eigene Nachforschungen und Analysen zu ergänzen. Sie legt nunmehr ein bedrückendes Kompendium über Organisationen und Organisatoren „neuheidnischer Religionsgemeinschaften“, deren interne Vernetzungen und die von ihnen ausgehende Bedrohung vor. Erschreckend auch hier wieder die Gleichgültigkeit, mit der man diese völkische Bewegung agieren läßt, viel schlimmer, wie leichtthin der Staat das Neuheidentum geradezu fördert, indem ohne weitere Nachprüfung Finanzämter Unbedenklichkeitstestate ausstellen, die den Förderern sogar Steuervorteile bescheren.

Franziska Hundseder stellt in dem mit Informationen vollgepackten Taschenbuch die wichtigsten Zentren neuheidnischer Aktivitäten in Deutschland mit ihren Verbindungen zu Gleichgesinnten in anderen Ländern dar und ihre historischen Bezüge: das genannte Neonazi-Zentrum Hetendorf mit Jürgen Rieger als Hauptakteur; die Goden e.V.; die Deutschgläubige Gemeinschaft als eine der ältesten einschlägigen Organisationen, die bis 1911 zurückreicht; die Tempelhofgesellschaft der Erbgemeinschaft der Tempelritter; der Armanenorden; die Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas (ANSE). Alle diese Gruppen, meist nicht sehr mitgliederstark, scheinen in einschlägigen rechtsextremistischen Publikationen auf, ihre Aktivisten haben mehr oder weniger intensive Kontakte bzw. sind Mitglied rechtsextremistischer Organisationen und Parteien. Auf diese Weise führen sie über ein vordergründig für Außenstehende unverfänglich wirkendes Netzwerk dem politischen Rechtsextremismus ein Unterstützerpotential zu. Wie umgehen mit dem Spuk? Verbieten wäre sicherlich das falsche Rezept, dazu stehen den Anhängern des Neuheidentums zu viele Organisationen zur Verfügung. Beobachten muß man sie aber sicherlich und über die Verbindung dieser völkischen Bewegung zum Rassenwahn der Nazis berichten. Und in dieser Beziehung, darin ist Hundseder zuzustimmen, ist in der Vergangenheit sicher zu wenig getan worden.

Klaus-Henning Rosen

Franziska Hundseder. Wotans Jünger. Neuheidnische Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsradikalismus. Wilhelm Heyne Verlag München 1998, 191 S., 16,90 DM.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation+Europa“ (NE)-48. Jg., 6/98:

Die aktuelle Ausgabe wird dominiert vom Erfolg der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, den Harald Neubauer euphorisch feiert: mit der Häme über das Scheitern der demokratischen Parteien - „Bonn ohne Mehrheit“ - und die angebliche Fälschung durch die Prognoseinstitute sieht er die extreme Rechte, die sich als Partei der Jugend erwiesen habe, auf dem Weg zur Mehrheit. Jegliche Ähnlichkeit mit der NSDAP wird bestritten und die fehlende sachliche Aufklärung über die wahren Absichten der extremen Rechten beklagt. Als Sieger von Sachsen-Anhalt wird der in der Vergangenheit durchaus nicht immer als Freund angesehene DVU-Vorsitzende Frey ausführlich (und beiläufig als früherer Miteigentümer des NE-Verlages) mit seinen wirtschaftlichen und politischen Erfolgen vorgestellt. Als „Stärke sein immenser Reichtum gewertet (laut Medien mindestens 500 Millionen Mark)“, als Schwäche seine mangelnde Einbindung in die extreme Rechte, dafür werde die ihm „auf den Leib geschneidert(e)“ DVU von den Angestellten seines Verlages „wie eine Filiale“ geführt. An anderer Stelle wird kritisch angemerkt, daß Frey bei der bayrischen Landtagswahl nicht antritt; gerätselt wird über die Gründe, dabei wird der Jubel bei den REP nicht verschwiegen. Ähnlich wie 1989 durch das Auslassen der wichtigen Berliner Wahl könne Frey damit seinen Aufwärtstrend brechen. Der Erfolg der DVU ist mit der Kritik am REP-Vorsitzenden Schlierer verbunden, dessen parteiinterne Probleme weidlich dargestellt werden. So vom früheren hessischen REP-Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Kreistagsfraktion von Waldeck, Erich Fuchs, der beklagt, daß trotz eindeutiger „Kompetenz“ die REP ihre Möglichkeiten „verpläppern“. Franz Schönhuber rechnet in seiner Kolumne, anknüpfend an die NS-Serie von Guido Knopp im ZDF, ein weiteres Mal mit dem „Bewältigungsorkan“ ab. Die FN-Kundgebung zum 1. Mai („Le Pen geht in den <Widerstand>“) wird ausführlich gefeiert. Beifällig werden als „Köpfe und Profile“ u.a. Erika Steinbach als neue BdV-Vorsitzende, die Anti-Euro-Aktion von Bolko Hoffmann und der NE-Autor und GfP-Referent Claus Nordbruch, Preisträger der Bonner Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, vorgestellt. Unter Leserwünschen wirbt die Marburger Burschenschaft Rheinfranken um patriotische Studenten. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 22, 23, 24/98:

Das Fehlen des einigenden Bandes des Nationalbewußtseins beklagt JF-Chefredakteur Dieter Stein, bei den Deutschen herrsche hier ein regelrechter „Gefühlsstau“. Dies sei auch im JF-Gespräch mit Berliner Schülern deutlich geworden, die (in einem Fall) eine starke Sehnsucht nach nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl ausgedrückt hätten (22/98). Bewunderung klingt an für das US-amerikanische Offizierkorps, dessen Angehörige sich mit überwältigender Mehrheit als rechts bzw. konservativ orteten. In bezug auf die früheren deutschen Ostgebiete wird die neue bundesoffizielle Sprachdidaktik mit dem Terminus Ostmitteleuropa beklagt, was auf eine „Entsorgung ostdeutscher Kultur und Historie“ hinauslaufe (22/98). Als willfähige Vasallen von US-Interessen haben nach Ansicht der JF die europäischen NATO-Staaten und allen voran natürlich Deutschland zu gelten. Mit der Zustimmung zu der von den USA vorangetriebenen NATO-Schnellerweiterung nach Osten habe die Bundesregierung die Belange der aus Polen und Tschechien heimatvertriebenen Deutschen verraten (23/98). Auch Wilhelm von Gottberg, Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“ fordert im JF-Interview die Rechte der deutschen Vertriebenen und deren Nachkommen, wie das Rückkehrrecht in die Heimat, Entschuldigung für an Deutschen vergangene Verbrechen von Rußland, Polen und Tschechien sowie Wiedergutmachung der individuellen Vermögensverluste etc. (23/98). In Bayern gibt die JF den bisher favorisierten REP noch eine Chance bei den kommenden Landtagswahlen, da dort die DVU wegen „unkalkulierbare(m) finanzielle(m) Risiko“ nicht antrete. Weiteres JF-Thema ist wieder einmal die Manipulation durch die Medien hierzulande, mißliebige Politiker wie Jenninger und Heitmann seien dieser „telekratischen Öffentlichkeit“ zum Opfer gefallen (23/98). Die neu auf den Markt gekommene Potenzpille Viagra bewertet die JF als Signal des Niedergangs der westlichen Kultur, die Dekadenz der Moderne, der im Kampf der Kulturen steigende Bevölkerungszahlen in Asien und Afrika gegenüberstünden (24/98). Kritisch bewertet JF-Chefredakteur den politischen Wandel Alfred Mechttersheimers vom einstigen Streiter für politisches Neuland bis hin zur Frey-Partei „mit ihrem spießbürgerlichen Chauvinismus“. Seinen moralischen Kredit habe Mechttersheimer mit seiner Anbiederung an Frey verspielt (24/98). Unter „Natur & Umwelt“ schließlich ein Beitrag über die Tagung der neurechten „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ zum Konzept Bioregionalismus. (gn)

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Die rechtsextremistische NPD will am 20. Juni vom Brandenburger Tor aus durch Berlin Mitte marschieren. Für den gleichen Tag haben linke und gewerkschaftliche Gruppen zu einer bundesweiten Großdemonstration unter dem Motto „Aufstehen für eine andere Politik“ mobilisiert. Trotz massiver Proteste lehnt Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) ein Verbot der geplanten NPD-Demo bisher ab. Die beiden Demonstrationen werden lediglich wenige hundert Meter voneinander entfernt durch Berlin ziehen. Das Motto der NPD lautet „Arbeit zuerst für Deutsche - soziale Gerechtigkeit durch nationale Solidarität“. Auftreten sollen bei der Kundgebung der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der Rechtsanwalt und stellvertretende NPD-Vorsitzende Hans-Günter Eisenecker sowie der langjährige Aktivist Andreas Storr.

■ **Berlin** - In der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (23/98) berichtet Redakteur Manuel Ochsenreiter, dessen politische Sozialisation bei der Schüler-Union Bayern begann, über einen Besuch in der Berliner Neonazi-Kneipe „Cafe Germania“. Ausdrücklich erwähnt wird der Wirt namens Andreas (30), der betont, daß seine Kneipe „allen toleranten und niveauvollen Gästen“ offenstehe. 1994 wurde Andreas, mit Nachnamen Voigt, damals Kopf der neonationalsozialistischen Skin-Gang „Kreuzritter für Deutschland“, wegen Mißhandlung eines V-Mannes (u.a.: Nötigung, Körperverletzung und Bedrohung) von der 17. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichtes zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Vom Knast aus bat Voigt dann per Anzeige in der Monatszeitschrift „Nation+Europa“ (NE) um Lesestoff von „Gleichgesinnten“. Öffentlichkeitswirksam trat Voigt zuletzt bei der NPD/JN-Demo am 1. Mai im sächsischen Leipzig auf, wo er mit dem Berliner Neonazi Oliver Schweigert unterwegs war.

■ **Berlin** - Die „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten“ (AGnS; Postfachadresse Berlin), ein Zusammenschluß von sogenannten „Freien Nationalisten“ und ehemaligen Funktionären des aufgelösten Vereins „Die Nationalen“, versucht nunmehr auch mit einer eigenen Publikation Einfluß auf die Berliner und ostdeutsche Neonazi-Szene zu nehmen. In der ersten Ausgabe des 28 Seiten starken

Heftes „Die Feder“ heißt es über die eigenen Arbeitsschwerpunkte: „In diesem Sinn wird die AGnS vor allem Medien- und Pressearbeit betreiben, analysieren, konstruktive Kritik üben und Thesen für eine konkrete praktische Arbeit vor Ort entwerfen.“ Des weiteren will man Podiumsdiskussionen mit „prominenten Vertretern nationaler Theorien“ veranstalten. Hierbei sollen die Strukturen der NPD genutzt werden, „um die Inhalte und Tätigkeiten der AGnS zu transportieren.“ Auszüge aus der „Feder“ verbreitet auch das neonazistische „Nordlandnetz“.

■ **Böblingen** - Die südwestdeutschen Landesverbände der „Deutschen Volksunion“ planen für den 11. Juli ein Sommerfest. Anmeldungen und nähere Angaben zu dem Freiluftspektakel laufen über die DVU-Landesverbände Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie dem DVU-Kreisverband Böblingen.

■ **Dresden** - Eine neue Ausgabe der JN-Mitgliederzeitschrift „Der Aktivist“ ist erschienen. Herausgegeben wird die im siebten Jahr erscheinende Publikation im DIN A-5-Format vom derzeit in Dresden ansässigen Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“. Schriftleiter ist Alexander von Webenau, der Bundesvorsitzende des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB). Daneben ist der 20jährige Kreisvorsitzende der NPD in Augsburg-Stadt, NPD-Bundestagskandidat und seit Mai 1997 Redakteur der „Deutschen Stimme“. Im Vorwort der aktuellen Ausgabe von „Der Aktivist“ verweist der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel (27) auf „den begründeten Führungsanspruch im nationalen Widerstand“, den JN und NPD erheben. Innerorganisatorisch reklamiert Apfel die „vor allem von den Jungen Nationaldemokraten getragene Parteiarbeit“ für sich. „Die zunehmende und auch unumgängliche Einbindung von JN-Führungskadern in die Führungsarbeit der Mutterpartei hat in der Arbeitsüberlastung der Funktionsträger natürlich auch seine ‘Schattenseite’“. Apfel fordert eine verstärkte Schulung von Nachwuchskräften, „um das geistige Rüstzeug für unseren politischen Kampf aufzunehmen.“

■ **Düsseldorf** - In einer Pressemitteilung des nordrhein-westfälischen REP-Landesverbandes (Nr. 124) werden heftige Vorwürfe gegen die DVU des Gerhard Frey erhoben. Festgestellt wird, daß der „Privatverein des Multimillionärs Frey ohne Substanz und Inhalt“ sei. Nach Meinung der REP-Landesvorsitzenden, Uschi Winkelsett, sind die

bisher bekannt gewordenen politischen Vorstellungen aus den Reihen der DVU „ganz klar gegen deutsche Interessen gerichtet.“ Winkelsett in der Pressemitteilung: „Wer den Stopp der Bundeshilfen für den Aufbau Ost sowie einen Boykott von Volkswagen bzw. Audi fordert, vertritt keine deutschen Interessen.“ Zur Kandidatur Schönhubers für die DVU erklärt die REP-Landesvorsitzende: „Dem Vorhaben, daß ein gewisser F. Schönhuber für die DVU“ antrete, „sehen die Republikaner gelassen entgegen. Die Verbindung zweier Egozentriker wird nicht von langer Dauer sein.“

■ **Erlangen** - Am 27./28. Juni finden die XIII. Erlanger Medientage statt. Das Thema der Tagung, die im Transmar-Event-Hotel in Erlangen-Tennenlohe stattfinden wird, lautet „Die Rechte und Die Linke in den deutschen Medien“. Veranstalter ist die ultrarechte Vereinigung „Bürger fragen Journalisten e.V.“ im Verbund mit dem Würzburger „Institut für Demokratieforschung“ des rechtslastigen Professors Lothar Bossle. Referent auf der Veranstaltung wird u.a. der einstige „konkret“-Herausgeber und spätere Mitarbeiter des Sex-Magazins „NewYork, NewYork“, Klaus Rainer Röhl sein, der sich seit einigen Jahren im Rechtsaußen-Spektrum engagiert. Röhl spricht zum Thema „Deutsche Medien - auf einem Auge blind?“. Gemäß Eigendarstellung will der Journalistenverein „dem zunehmend von Ideologie und Wirtschaftsfeindlichkeit geprägten Journalismus und seinem Bestreben nach gesellschaftspolitischer Veränderung konstruktiv entgegenwirken“.

■ **Hamburg/Lampertheim** - Die rassistischen Organisationen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, „Nordischer Ring“, „Northern League“ und „Verein für naturgemäßes Leben“ laden unter Federführung von Jürgen Rieger vom 16. bis 18. Juni zu den „Mitteldeutschen Vortragstagen“ an einen Ort an der „Neiße“ ein. Mit von der Partie sind neben Jürgen Rieger u.a. der Ex-NPD-Funktionär Karl Baßler, der Multiaktivist Wolfgang Juchem und der unvermeidliche Liedermacher Frank Rennicke. Die rechtsextremistische „Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft e.V.“ führt vom 19. bis 21. Juni ein nichtöffentliches Mittsommertreffen durch. Auf dem Programm stehen u.a. Vorträge von Jürgen Rieger, Gerhard Hess und Franz Kehl. Gelockt wird ferner neben der Sonnenwendfeier mit germanischer Brauchtumpflege und sportlichen Aktivitäten. Anmeldungen für beide Veranstaltungen laufen über die Kontaktadres-

se von Rudolf Gabriel im hessischen Lampertheim.

■ **Köln** - Der in Köln ansässige Verein „Aktion Funk und Fernsehen“ (AFF), 1969 gegründet, um der angeblich „zunehmenden Einseitigkeit politischer und kultureller Sendungen in Funk und Fernsehen entgegenzutreten“, hat sein Propagandaorgan „Unsere Sendung“ umbenannt in „Pro Zuschauer“. Die ultrarechte Ausrichtung des Blattes wird beibehalten. Bevorzugte Feindobjekte sind weiterhin kritische TV-Nachrichtensmagazine wie Monitor. Mißliebige Journalisten werden von der AFF als „ideologisierte Kampagnenjournalisten und Zerrbildner“ diffamiert. Geführt wird die AFF von ihrem Gründungsmitglied, dem Unternehmensberater Wolfgang Reineke, Kuratoriumsvorsitzender ist der Rechtsaußen-Journalist Gerhard Löwenthal.

■ **München** - Als neuer Meinungsbildner in der „Deutschen National-Zeitung“ (Ausgabe 5. Juni) steht der dem Blatt in ehemals heftiger Feindschaft verbundene Franz Schönhuber zur Verfügung. Schönhuber, ansonsten Dauerkolumnist in den rechtsextremen Periodika „Nation+Europa“ und „Europa Vorn“, verlickert der Leserschaft der Frey-Gazetten, warum er jetzt als Kandidat für die DVU antritt.

■ **Planegg** - Neuerdings im Internet vertreten ist auch die „Rudolf Heß-Gesellschaft e.V.“ mit Sitz im oberbayerischen Planegg. Laut Satzung hat sich diese u.a. zum Ziel gesetzt, die „Einzelheiten“ der „Ermordung“ von Heß durch „die Siegermächte“ am 17. August 1987 zu klären und seine Grabstätte in Wunsiedel zu pflegen und zu erhalten. Nach Auffassung der Gesellschaft ist der Hitler-Stellvertreter „der große deutsche Märtyrer dieses Jahrhunderts.“ Weiter ist in der Heß-Homepage zu lesen: „Die Darstellung seines Lebenswerkes und -bildes und die Nachzeichnung seines Leidensweges in 46 Jahren Haft darf nicht den ehemaligen Feinden Deutschlands, die auch seine Kerkermeister waren, überlassen werden. Das Leben von Rudolf Heß muß von national gesinnten Deutschen erforscht und festgeschrieben werden.“ Vorsitzender des Vereins ist Wolf Rüdiger Heß, der einzige Sohn von Rudolf Heß. Seine Version von der angeblichen „Ermordung“ seines Vaters vertrat Heß u.a. in „Nation+Europa“ und in der „Jungen Freiheit“.

■ **Schwerin/München** - Nach Angaben des „nationalen Medienverbandes“ um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) wird es in Mecklenburg-Vorpommern zu einem konkurrierenden Wahantritt

von DVU und NPD kommen. Der Versuch über Absprachen und gegenseitigen Wahlverzicht eine bessere Ausgangslage zu schaffen, sei bei einem Treffen zwischen DVU-Chef Gerhard Frey und dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt gescheitert. Hans-Günter Eisenecker, NPD-Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretender NPD-Vorsitzender, will nun der „Phantompartei DVU und ihren Pappkameraden“ nach eigenem Bekunden „echte Kompetenz“ gegenüberstellen.

■ **Worms** - In mehreren Gebieten von Rheinland-Pfalz (Pfalz, Rheinhessen und Westwald) fand Ende Mai eine Razzia gegen die lokale rechtsextremistische Szene statt. Dabei wurden in vier Wohnungen braunes Propagandamaterial sowie Fahnen beschlagnahmt. Anlaß der Polizeiaktion war das neue „Erster Wormser Fanzine“ mit dem Titel „Deutschen Jugend“. Herausgegeben wird das Skinzine von den beiden Skinheads Mike Leonhardt aus Worms und Mike Jeude aus Mörsstadt (Kreis Alzey-Worms). Der 20jährige Leonhardt vertreibt außerdem Kalender, Demotapes, Videos und andere Zines aus der rechten Szene. Nach Polizeiangaben soll das Skinzine „Deutschen Jugend“ in einer Auflage von 40 bis 50 Exemplaren hergestellt worden sein. Vertrieben wurde das Heft auch über den inzwischen geschlossenen Laden des 28jährigen Neonazis Christian Hehl in Ludwigshafen. In der ersten Ausgabe hatten Leonhardt und Jeude Hehl mit einem Gruß bedacht: „Wir wünschen auch besonders Hehli mit seinem neuen Szeneladen in Ludwigshafen viel Glück damit.“

Ausland

■ **Italien (Rom)** - Die italienische Polizei hat die 400 Mitglieder starke Sektion der „Hammerskins“, die enge Kontakte zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien pflegt, zerschlagen. Bei den Polizeiaktionen in Rom, Mailand und Pisa wurden Metallstangen und nazistische Symbole wie Hakenkreuzflaggen sichergestellt. Nach den Worten von Chefermittler Domenico Vulpiani war dies das erste Mal, daß in Italien eine rechtsextremistische Gruppe ausgehoben wurde, die über Kontakte außerhalb des Landes verfügt. Die weitweit agierende Bewegung der „Hammerskins“ entstand 1986 in Dallas im US-Bundesstaat Texas als Zusammenschluß von neonazistischen Skinheads. Ihr Ziel ist es, alle weißen Skins überall auf der Welt zu vereinen. Aktivitäten von „Hammerskins“ wurden in der Bundesre-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

publik von den zuständigen Behörden erstmals 1995 registriert.

■ **Italien (Turin)** - Die italienische Justiz hat erneut Anklage gegen deutsche SS-Offiziere wegen Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg erhoben. Den beiden 89- und 90jährigen Männern, Siegfried Engel (Hamburg) und Otto Kaess (Bergisch-Gladbach), wird vorgeworfen, die Exekution von 59 Menschen am 19. Mai 1944 angeordnet zu haben. Opfer waren 42 politische Gefangene und 17 Partisanen. Dem früheren SS-Chef in Genua, Engel, wird außerdem ein Massaker an 147 Gefangenen im April und die Erschießung von 22 Personen im Dezember 1944 angelastet.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto